

Niederschrift Nr. 28
über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit
der Stadt Schwentental am Dienstag, dem 03.07.2012
im Rathaus, Großer Bürgersaal

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.20 Uhr

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit, Herr Janz, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit sowie des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen der Stadt Schwentental. Er stellt fest, dass die Einladung vom 22.06.2012 form- und fristgerecht zugegangen ist.

Es findet eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen statt. Die Ausschussvorsitzenden haben sich darauf verständigt, dass Herr Dr. Scholtis durch die gemeinsame Sitzung führt.

Anwesend sind:

1. Herr Janz, Uwe (Vorsitzender)
2. Herr Kirschstein, Wilhelm
3. Herr Köhler, Peter
4. Herr Pöpelt, Herbert
5. Herr Steenbock, Herbert
6. Herr Deblitz, Rolf
7. Herr Neumann, Bernd
8. Herr Sindt, Volker für Herrn Jensen, Niels
9. Herr Johansson, Björn für Herrn Ache, Christoph

Anwesend aber nicht stimmberechtigt:

1. Frau Vogt, Monika (stellv. Bürgermeisterin)
2. Frau Lange-Hitzbleck, Angelika (Bürgermeisterin)
3. Herr Dr. Scholtis, Norbert
4. Frau Busch-Laurinck, Maria
5. Frau Clausen, Heidrun
6. Herr Dieckmann, Gerd
7. Herr Heere, Wolfgang
8. Herr Slomian, Gerhard
9. Herr Yilmaz, Yavuz
10. Herr Dr. Kockläuner, Gerhard
11. Herr Voigt, Jan
12. Herr Winje, Rainer (Seniorenbeirat)
13. Frau Suchomski, Antje (stellv. Beauftragte für Menschen mit Behinderung)
14. Herr Stubbmann, Michael (Protokollführer)
15. Frau Seliger (Presse) sowie 30 Zuhörer

Herr Janz stellt fest, dass zu Beginn der Sitzung 9 Ausschussmitglieder anwesend sind. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Für den Tagesordnungspunkt 5 hat die stellv. Bürgermeisterin den Ausschluss der Öffentlichkeit beantragt

Abstimmung: 9 dafür

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt, so dass wie nachstehend beraten wird.

Öffentlicher Teil:

1. Einwohnerfragestunde
2. Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit der Stadt Schwentinental vom 15.05.2012
3. Hochspannungsnetzausbau im Kreis Plön (145/2012)
Hier: Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan
4. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

5. Mitteilungen und Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet ein Gespräch mit Vertretern der Bürgerinitiative „unter-hochspannung“ zur Thematik Hochspannungsnetzausbau / Netzentwicklungsplan statt. Eingangs des Gespräches weist Herr Dr. Scholtis wegen einzuhaltender Fristen auf die Wichtigkeit der heutigen Sitzung hin.

Durch die Verwaltung wird der Ablauf des Verfahrens geschildert. Es handelt sich um ein dreistufiges Verfahren (Netzentwicklungsplan / Bundesfachplanung / Planfeststellungsverfahren).

Im Netzentwicklungsplan für das gesamte Bundesgebiet legen die Netzbetreiber die Bedarfe für das gesamte Bundesgebiet fest. Er enthält keine Stromtrassen, sondern legt aufgrund von entwickelten Szenarien einen Leitungsbedarf zwischen 2 Punkten, in der Regel Orte, fest.

Die Bundesfachplanung tritt anstelle der Raumordnungsverfahren der Länder und legt u.a. Stromtrassen, Umschaltwerke u.a. fest. In der Regel eine grobe Planung in einem Korridor von 500 – 1.000 m.

Am Ende steht das Planfeststellungsverfahren mit einem sehr exakten Trassenverlauf. Alle Verfahrensschritte enthalten Bürgerbeteiligungen.

Im Anschluss erhalten die Mitglieder der Bürgerinitiative das Wort. Insbesondere von Herrn Graf, dem Sprecher der Initiative, werden die Beweggründe für die Bedenken der Bewohner der Weinbergsiedlung und der Gemeinde Pohnsdorf gegen die geplante Trasse zwischen dem Umspannwerk Göhl / Kreis Ostholstein und der Landeshauptstadt Kiel dargelegt. Neben den negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur wird der Bedarf des Betreibers an dieser Trasse in Frage gestellt. Weder für den Transport noch für die Versorgung Kiels und Umland würde die Leitung benötigt. Die Landeshauptstadt Kiel wird durch das Kraftwerk an der Förde und durch die bereits bestehende Leitung Umspannwerk Audorf – Kiel versorgt. Sehr viel sinnvoller wäre

eine direkte Verbindung zwischen dem Umspannwerk Göhl Richtung Kaltenkirchen und Hamburg, um dem gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden.
Abschließend werden Fragen aus der Mitte der Ausschüsse beantwortet.

Zu TOP 1.: Einwohnerfragestunde

Keine Wortmeldungen.

Zu TOP 2.: Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit der Stadt Schwentinental vom 15.05.2012

Die Versendung des Verkehrsgutachtens an das Ausschussmitglied Herrn Ache wird nachgeholt. Die Niederschrift vom 15.05.2012 wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 3.: Hochspannungsnetzausbau im Kreis Plön (145/2012);
Hier: Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan**

Nach Aussprache im Ausschuss wird nachstehende Stellungnahme erarbeitet:

Die Stadt Schwentinental erwartet, dass der Höchstspannungsnetzausbau im Bereich Landeshauptstadt Kiel – Schwentinental – Umspannwerk Göhl / Ostholstein entsprechend den Anforderungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht als Maßnahme Göhl - Landeshauptstadt Kiel (Maßnahme Nr. 47) erfolgt, sondern der Stromtransport in Nord – Süd – Richtung vom Umspannwerk Göhl Richtung Kaltenkirchen (Maßnahme 50) und Hamburg erfolgt.

Die Umsetzung der Energiewende in Deutschland ist von mehreren Faktoren abhängig, u.a. auch von einer zügigen Planung und Ausbau des Stromnetzes, insbesondere des Höchstspannungsnetzes. Dabei geht es in der Hauptsache darum, die im Norden gewonnene Energie in die zentralen Verbrauchsschwerpunkte, vornehmlich in den Süden der Republik, zu transportieren.

Der Netzausbau wird vor dem Hintergrund der Energiewende nicht in Frage gestellt. Einzelne Leitungstrassen sind allerdings in Frage zu stellen, da die Erforderlichkeit bislang nicht nachgewiesen ist.

Zwischen der Landeshauptstadt Kiel und dem Umspannwerk Göhl, im Kreis Ostholstein gelegen, ist eine 380 KV Leitung als Querverbindung geplant. Der Trassenverlauf steht noch nicht fest, im Rahmen einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung durch das Land Schleswig-Holstein und den Betreiber, die Fa. Tennet, wurden jedoch 2 Trassenvarianten vorgestellt. Beide kreuzen das Stadtgebiet Schwentinental und lösen Betroffenheiten aus.

Beide bekannten Planungen, sowohl der Netzentwicklungsplan als auch die bisher im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung vorgestellten Pläne, enthalten keine konkrete Aussagen über die Erforderlichkeit. Grundsätzlich werden die 380 KV Leitungen lediglich für den Transport über größere Strecken insbesondere in den Süden genutzt. Diese Leitung allerdings ist als Querverbindung geplant und soll zusätzlich die Versorgung der Region, insbesondere der Landeshauptstadt Kiel sicherstellen. Hier weicht der Betreiber von dem Grundsatz der Transportleitung ab, obwohl die Notwendigkeit der Versorgung der Region rund um Kiel von Fachleuten, u.a. auch von einem Versorger in der Region, in Frage gestellt wird. Bestehende Leitungen, wie mehrere 110 KV Leitungen und eine 220 KV (künftig 380 KV) Leitung aus Rich-

tung Audorf sind in das Stromnetz eingebunden und können diese Aufgabe weiterhin übernehmen, so dass auf den Neubau einer Trasse zwischen Kiel und Göhl verzichtet werden kann. Hier stehen wirtschaftliche Erwägungen im Vordergrund und nicht der eigentliche Auftrag des Transportes Richtung Süden, so dass diese Trasse nicht den Anforderungen der gesetzlichen Vorgaben entspricht.

Zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der Netzbetreiber ist der Bau einer reinen Transportleitung vom Umspannwerk Göhl über Kaltenkirchen (Maßnahme 50) in Richtung Hamburg wesentlich sinnvoller. Die Maßnahme 47 ist zu streichen und zu ersetzen durch die beschriebene Maßnahme, da die Region Kiel mehr als ausreichend über das eigene Kraftwerk und die Trasse Audorf –Kiel versorgt werden kann, von der Schwentinental ebenfalls betroffen ist.

Es verbleibt die Feststellung, dass ein Trassenkorridor zwischen der Landeshauptstadt Kiel und dem Umspannwerk Göhl (Maßnahme Nr. 47) sowohl technisch als auch rechtlich nicht erforderlich ist.

Sollte wider Erwarten und damit wider den Vorgaben des EnWG an der Stromleitung zwischen Kiel und Göhl festgehalten werden, sind die Alternativen zu Hochspannungsleitungen, die geringere Auswirkungen auf Mensch und Natur haben, vorzuziehen. Zu nennen sind hier HGÜ-Kabel (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung) mit einer Verlegung auf dem Seewege oder als Erdkabelverbindung. Das Thema Erdkabel wird bislang nur am Rande diskutiert mit dem Hinweis darauf, dass es dabei lediglich um Versuchsstrecken handelt.

Unsere skandinavischen Nachbarn verlegen seit längerem alternativ Erdkabel, d.h., die Technik erscheint ausgereift. Hier ist zu wünschen, dass die Betreiber eingehender prüfen, welche Alternativen mit welchen Kosten in Frage kommen und wie sich die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt darstellen.

Bereits bevor Leitungstrassen festgelegt werden, sind die Begleitumstände zu beschreiben. Dies fehlt bislang. Seitens der Bevölkerung werden nachteilige gesundheitliche Auswirkungen erwartet, wie z.B. Leukämie oder Demenz. Hier bedarf es einer Aufklärung ebenso wie bei alternativen Übertragungstechniken. Aber auch die Höhe der geplanten Masten, Abstandsflächen zu Wohnhäusern, mögliche magnetische Felder und Lärmbelastung, um nur einige Dinge zu nennen, sind kaum oder gar nicht beschrieben, so dass die mit dem Leitungsbau verbundenen Auswirkungen, noch im Unklaren liegen, demzufolge zu diesem frühen Zeitpunkt der Planung nicht abschätzbar sind.

Beschluss:

Die Stellungnahme zu dem im Verfahren befindlichen Netzentwicklungsplan Strom, so wie oben stehend beraten, wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan auch dem Land Schleswig-Holstein – Wirtschaftsministerium – im Rahmen der vorgezogenen Bürgerbeteiligung zur Kenntnis zu geben.

Abstimmung: 9 dafür

Zu Top 4: Mitteilungen und Anfragen

Frau Vogt gibt den Hinweis auf die Sachstandsmitteilung 146/2012 zum Thema Regionaler Nahverkehrsplan für den Kreis Plön

Weitere Mitteilungen und Anfragen liegen nicht vor.

Unter Hinweis auf die Bestimmungen zur Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen, teilt Herr Janz mit, dass diese, sofern sie anfallen, nach Abschluss der nicht öffentlichen Sitzung durch den Vorsitzenden bekanntgegeben werden.

Herr Janz schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit der Stadt Schwentimental um 20.20 Uhr.

Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen.

v.g.u.

geschlossen

gez. U. Janz

gez. M. Stubbmann

Vorsitzender

Protokollführer